

werden die 6-spaltigen Anzeigen...
Anzeigen werden die 6-spaltigen Anzeigen...
Anzeigen werden die 6-spaltigen Anzeigen...

Erscheint täglich zweimal,
Sonntag und Montag einmal.

Redaktion und Druck-Geschäft:
Halle, Gr. Braunschweiger Str. 17;
Redaktionsstelle: Markt 24.

Saale-Beitung.

Fünfundvierzigstes Jahrgang.

Bezugspreis

für Halle vierteljährlich bei postmaler
Zahlung 2.50 M., durch die Post
3.25 M., auschl. Postgebühren.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen.

Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis
unter „Saale-Beitung“ eingetragen.

Für unerwartet eingehende Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Rücksendung nur mit Nachnahme;
„Saale-Be.“ gefaltet.

Verleger der Redaktion Nr. 1140;
der Anzeigen-Redaktion Nr. 176; des
Annoncen-Büros Nr. 1133.

Nr. 19.

Halle a. S., Donnerstag, den 12. Januar.

1911.

Die Nullen im Parlament.

Es ist bedauerlich, daß Männer von der politischen
Stellung und Erfahrung des Grafen Podowski
keine Neigung zeigen, in das deutsche Parlament
einzutreten. Man klagt so viel und so oft und leider mit
Recht darüber, daß der Reichstag nicht das Ansehen
habe, das er entsprechend seiner großen Aufgabe haben
sollte, und man sieht das ebenfalls nicht mit Unrecht
darauf zurück, daß das persönliche Niveau des Reichstages
gesunken sei. Diese Ansicht hat Graf Podowski dieser
Tage in einem Brief in eine sehr prägnante Form gefaßt,
indem er von den Homines obscurantissimi spricht, die
dank dem Parteienwesen und allerlei „örtlichen
Brüderchaften“ in die höchste Vertretung des Deutschen
Reiches gewählt werden.

Zu dieser Anschauung Podowskis, die bis zu einem
gewissen Grade berechtigt sein möge — wenn uns auch die
Bemerkung von dem „Parteienwesen“ über das Ziel
hinauszuschließen scheint, sagt die „Köln. Ztg.“:
Wenn es so geht, wie es gehen sollte, so dürfte dieser
Vorwurf niemals auch nur mit einem Anzeichen der
Berechtigung erhoben werden. Die Volkvertretung eines Reiches
sollte, das ist die ideale Auffassung und Forderung, aus der
Auslese der Nation bestehen und die bedeutendsten Männer
erhalten, die auf den verschiedensten Gebieten infolge ihrer
reichen Erfahrung oder besonderer persönlicher Begabung
und Veranlagung für politische Tätigkeit der wahre
Ausdruck der Intelligenz des Reiches sind.

Daß bei ihrer Auswahl der Parteienstandpunkt
mitwirkend wäre nicht nur kein Nachteil, sondern ein Vorzug,
denn nur auf diese Weise kann vermieden werden, daß
Einsseitigkeit in den Reichstag einzieht. Immer wird es
widersprechende Meinungen und Interessen geben; und gerade
dadurch, daß diese einander entgegneten, sei es sich
bekämpfend, sei es sich ausgleichend, kann das, was ich als den
höchsten Beitrag politischer Betätigung bezeichnen möchte,
wirkungsreich zum Ausdruck kommen. In der großen Zeit
des deutschen Parlamentarismus, als die man wohl die
siebziger Jahre ansehen kann, war dieses Ideal annähernd
erreicht; wir hatten damals eine Veta nicht nur großer
parlamentarischer Führer in allen Parteien als kommandierender
Generale, sondern auch eine Vielzahl hervorragender und
tüchtiger Offiziere, die nicht nur das M. d. R. ihrer
Widertatere hinzugefügt, sondern wirklich hervorragende
Vertreter des Volkes waren. Seitdem ist offenbar eine
Verfälschung eingetreten, die wohl in erster Linie auf die
„örtlichen Brüderchaften“ zurückzuführen ist. An sich ist ja
der Wunsch erklärlich und berechtigt, daß ein jeder
Wahlkreis durch eine Persönlichkeit vertreten sein möchte,
die in ihm ihren Wohnsitz hat und in ihm persönlich bekannt ist.
Man gibt ein Mandat doch lieber einem Manne, dem man
persönlich näher steht, als einem andern, den man nur aus
der Wahlkreiswahl kennt. Und aus dieser persönlichen
Vorliebe ergibt sich eine gewisse Neigung zur
Einsseitigkeit. Nun hat aber zweifelsohne nicht jeder
Wahlkreis eine für den Reichstag geeignete Persönlichkeit
zur Verfügung. Nun hat aber zweifelsohne nicht jeder
Wahlkreis eine für den Reichstag geeignete Persönlichkeit
zur Verfügung. Nun hat aber zweifelsohne nicht jeder
Wahlkreis eine für den Reichstag geeignete Persönlichkeit
zur Verfügung.

Nun sagt man freilich, daß es sehr schwer hätte,
immer geeignete Kandidaten zu finden und daß
namentlich solche Persönlichkeiten, die im Handel,
Industrie oder auch in der Selbstverwaltung wichtige
Stellungen einnehmen, sich wegen Ueberbürdung mit
eigenen Geschäften nicht zur Uebernahme eines Mandats
bereitfinden ließen. Man kann diese Einwand nur mit
großer Beschränkung anerkennen, und er würde
wahrscheinlich in sich zusammenfallen, wenn man beim
Suchen nach solchen Kandidaten sich nicht an die
Grenzen des Wahlkreises hielte, sondern darüber
hinausginge. Außerdem aber haben wir es hier mit einem
sehr schiefen Zielstreben zu tun. Wenn Kandidaten der
genannten Art schwer zu finden sind, so beruht das
nicht nur auf Abhaltungsgründen beruflicher und
gesellschaftlicher Art, sondern auch darin, daß diese
Männer im vollen Bewußtsein ihres persönlichen Wertes
den Besitz eines Mandats nicht allzu hoch einschätzen,
weil das Ansehen des Mandats durch die Homines
obscurantissimi heruntergedrückt ist.

Graf Podowski will wahrscheinlich in seiner
Erklärung sagen, daß es ihm nicht recht passe, neben
diesen Nullen zu sitzen, und das ist einerseits einem
Manne von seiner Bedeutung ja nachzufühlen, aber
andererseits hat er damit entschieden unrecht.
Wenn die Homines obscurantissimi in größerer
Zahl Mandate annehmen und sich um sie bewerben

würden, so würde das Ansehen des Reichstages
dadurch unweifelhaft gehoben werden, und ein
Zurückdrängen der Obscurantissimi wäre die
unweifelhafte Folge. Wo fängt also die Schuld an?
Bei den Nullen, die sich vorzudrängen, oder bei
den wirklichen Größen, die ihre Mitarbeit verweigern?
Hätten wir mehr bedeutende Leute im Reichstag,
so würde auch das Ansehen des Reichstages sich
heben, und der Grund für die Größen, sich von ihm
zurückzuziehen, würde nicht mehr vorhanden sein.
Rechenbeispiel: dem Grafen Podowski ist die
Anregung, in den Reichstag einzutreten, vom
Herausgeber des „Volkserziehers“ zugegangen,
von dem es wohl nicht sicher ist, ob er auch
wirklich über eine ernsthafte Kandidatur verfügen
kann. Wie kommt es nun, daß ein Mann, wie
der ehemalige Staatssekretär des Innern, der sich
wohl weniger für ein parlamentarisches Mandat
eignet, nicht von den verschiedensten Seiten
Mandate angeboten worden sind? Wir können uns
das nur so erklären, daß bei dem Vorwiegen
„örtlicher Brüderchaften“ man gar nicht auf den
Gedanken gekommen ist, außerhalb des
Kreises zu suchen. Wie kommt es, daß,
soweit uns bekannt ist, noch kein
Wahlkreis ernstlich daran gedacht hat,
dem Herrn Bülow eine Kandidatur
anzutragen? Wir glauben, daß der
Führer aus Gründen, die in einer gewissen
Ueberlieferung oder unbestimmten
Zurückhaltung liegen, eine Kandidatur
nicht annehmen würde, was aber gar
nichts daran ändert, daß man ihm
wohl eine oder viele hätte anbieten
könnte. Wie kommt es, daß der
Führer der Nationalliberalen Partei,
Herr Baffermann, nicht ohne weiteres
einen oder mehrere sichere
Wahlkreise zur Verfügung hat? Das
alles hat seinen Grund in seiner
Beschränktheit, die den Blick nicht
über den eigenen Wahlkreis hinaus
und auf das allgemeine Interesse
richten kann und es vorzieht, die
hochpolitische Aufgabe der
Reichstagswahl vom Standpunkt
örtlicher Brüderchaften zu
behandeln.

Deutscher Reichstag.

103. Sitzung. Mittwoch, den 11. Januar.

Am Tische des Bundesrats: Wermuth.
Präsident Graf Schönerer eröffnet die Sitzung um 1 Uhr
20 Min. und macht Mitteilung von dem Ableben des
Abg. Röhler-Langsdorf (Wittich. Vgg.).

Die Interpellation über das Zündwaren-
Feuergesch.

Die Aussprache über die vorkparteiliche Interpellation wird
fortgesetzt.

Abg. Schöpflin (Soz.): Wer ist denn eigentlich schuld an
dieser verwerflichen Steuer? Die Herren vom schwarzen
Blod suchen ja die Schuld möglichst auf sich abzuwälzen.
Keiner will's gewesen sein. Besonders Dr. Hahn
konstatierte: Wir sind allum-
nacht Sündler! Alle möglichen Väter werden genannt!
Jeder leugnet's ab. Keine Familie das! Sogar den
Freiwilligen wirft man eine schmutzige Stunde vor.
Nur uns sprach Dr. Hahn von jeder
Schuld frei. Dafür ist bekannt, mein lieber Hahn!
(Heiterkeit.) Auch hier zeigt sich wieder die
Wahrheit des Wortes: Vater werden
ist nicht schwer, Vater sein doch
dein! (Heiterkeit.) Wir haben
keinen Teil an dem migrierten
Kinde. Der Redner schildert die
Mißstände in der Zündholzin-
dustrie, unter denen besonders
die Arbeiter zu leiden haben.

Das Zentrum trägt die Hauptlast
daran, daß die armen Zündwarenarbeiter, die
arbeitslos geworden sind, keine
Entschädigung erhalten haben. Das
Gesetz trägt in erster
Reihe die Unterlast des Zentrums.
Aus der unangenehmen Lage, in die
die Ultramontanen dadurch geraten
sind, suchen sie sich in Hilfe des
Kaplans durch das Kulturkampfgesetz
zu retten. Die wirtschaftliche Lage
der Zündholzarbeiter ist so, daß sie
trotzdem wären, wenn sie nur ein
Stück Herdeselbst hätten. Der
Staatssekretär liebt solche indirekten
Steuern, deren Umfang der Steuer-
zahler nicht gleich merkt. Wenn man
behauptet, daß früher die Zündhölzer
verschwendet worden seien, so
müsstet ein solches Argument
komisch an. Wir lehnen das
Zündholzmonopol ab, denn
Monopolware ist überall teuer und
schwer. Die größte nationale
Aufgabe für die Zukunft ist und
bleibt, die schwarzen Blod, der
solche Steuern beschließen hat, zu
unterdrücken. Wenn der Reichstagsler
schon in den nächsten Wochen das
Wahlzähnen wagen will, wir sind
bereit. (Beifall h. d. Soz.)

Abg. Frhr. v. Gamp (Rp.): Die Sozialdemokraten
kämpfen nicht immer mit lauterem
Waffen. (Dol h. d. Soz.) Man
braucht sich nur Ihre Presse
anzusehen. Meine politischen
Freunde dieser Steuer gegen-
über. Wir haben immer den
Standpunkt vertreten, daß die
Gewinnsteuern für die indirekten
Steuern in Betracht zu kommen
haben. Die Einkommensteuer, die
wir haben wollten, hat man
abgelehnt und uns dadurch
genötigt, die Erbschaftsteuer zu
denken. Wenn die
Freiwilligen auch die wohl-
habenden Klassen wirklich zu
den Steuern hätten heranziehen
wollen, hätten sie die
Einkommensteuer, die eine
gerechte Steuer ist, nicht
ablehnen dürfen. Nemeur der
Schädigungen in der Zündholz-
industrie kann dadurch
geschaffen werden, daß man
das Kontingent wie beim
Branntweinsteuergesetz an
den vorübergehenden Bedarf
einschließt. Auch müssen die
Erbschaftsteuer mehr
belastet werden. Dadurch
werden wir auch Mittel
genieten, um den Zündholz-
arbeitern Unterstufungen
gemäßen zu können.
Hofentlich sind auch die
Sozialdemokraten für die
Bekämpfung der Erbschaftsteuer.
(Widerstand und Zuruf h. d.
Soz. Erbschaftsteuer!) Wenn die
Sozialdemokraten nicht
dafür sind, dann haben sie
gar nicht die ernste
Absicht, für die Zündholzarbeiter
zu sorgen; es ist dann eben

bet ihnen nur leeres Getreide von der
Sippe für die Arbeiter. (Zu-
stimmung rechts.)

Abg. Aulerst (Vole): Wir sind von jeder
Gegner der Zünd-
holzsteuer gewesen, weil wir die
leicht eingetragenen möglichsten
Zuflüsse für Produzenten und
Konsumenten vorausgesehen haben.

Abg. Volkman (Wittich. Vgg.): Die
Interpellation mögen es
nicht leicht nehmen; es ist ein
Stückchen ein. (Schloß links.)
Wer eine Steuer aufheben will,
muss auch für den dadurch
eintretenden Ausfall Ersatz
finden. Damit haben sich aber
die Interpellanten gar nicht
beschäftigt. Der Verein der
Zündholzfabrikanten hat in
seinem Organ ausgedrückt, daß
die Interpellanten wohl nicht
daran glauben, daß die
Regierung die Steuer aufheben
würde und daß eine solche
Aufhebung jetzt die
Industrie schädigen würde.

Abg. Werner (Volksp.): Kritisiert
ist leichter als irgend etwas
besser machen. Wenn denn
immer noch um die Finanz-
minister gestritten werden?
Wir können jetzt nicht einen
Sinn aus dem ganzen Bau
reihen. Erst müssen wir einen
Erfolg haben, ehe wir eine
Steuer aufheben können.

Abg. Dr. Gessner (fortschritt. Volksp.): Die
Zündholzsteuer ist unter
ungünstigsten Umständen
zustande gekommen. Eine
erste Lösung fand gar nicht
statt. Dr. Roschke hat ja mit
seinen Freunden die
Vorlage direkt an die
Finanzkommission eingehandt.
Wir haben also gemeinsam
erst heute die dritte
Eingebung. Herr Wermuth hat
sich die Sache leicht gemacht.
Er wies aus, dass er aus
Ausland hin. Vielleicht
nimmt sich die Regierung
auch in parlamentarischen
Fragen einmal das
Ausland zum Maßstab, z. B.
England. Graf Oppersdorf
und Dr. Hahn haben
verwundlich ähnliche
Argumente vorgebracht. Die
Herren scheinen auf
diesem Gebiete abnormiert zu
sein. Dr. Hahn wollte
glauben, dass dem
„Börsen-Courier“ Gift
taugen. Er hat aber nur
etwas jücker und die
Baufrage vorgefallen.
Uebrigens können doch
auch fortgeschrittene
Regierungen einmal eine
andere Meinung haben,
als die
Freiheit. Es ist es
heute nicht, daß jeder
andere
Gedanke sofort im
Reine erklärt wird.
Herr Gessner hat die
Interpellation durchaus
schicklich begründet. Die
parteilichsten
Zitate wurden erst
durch Dr. Hahn und
Graf Oppersdorf in
die Debatte
getragen. Wir können
mit großer
Befriedigung auf die
Interpellation
zurückblicken, da von
allen Rednern
festgestellt wurde,
daß das in
Eile zusammengestellte
Gesetz die
Zündholzin-
dustrie schwer
schädigt. Wenn aber
von uns
positive
Vor schläge
verlangt
werden, so
geben wir
nicht nur
auf
Höflichkeit,
sondern
auch
deswegen,
weil die
Rechte
und das
Zentrum
die
Majorität
haben,
dieser
den
Vortritt;
es
mögen
die
Suppe
ausessen,
die
ihm
eingesetzt
haben.
(Beifall
links.)
Damit
schließt
die
Aussprache.

Abg. Diann (nl.): persönlich: Ich
bin nicht, wie behauptet
wurde, für
Aufrechterhaltung der
Zündholzsteuer
eingetreten.

Abg. Dr. Hahn (konf.) weist
darauf hin, daß
logar der
Abg.
Schradr
400
Millionen
indirekter
Steuern
gefordert
hat.

Abg. Schradr (fortschritt. Vp.): Ich
habe nur
400
Millionen
vernünftiger
Steuern
befürwortet.

Abg. Dr. Hahn: Dann
legen Sie
sich nach
dem
biographischen
Bericht
mit
der
deutschen
Sprache
in
Widerpruch.
Damit
ist
die
Interpellation
erledigt.

Es folgen

Rechnungssachen über die Kolonien.

Abg. Koste (Soz.): Die
Kolonialstamperie ist
nicht mehr
so
schlimm
wie
früher.
Wir
haben
unseren
Wohnungen
gedacht.
Es
wird
nicht
mehr
so
leichtfertig
und
lotterig
gearbeitet.
Die
unangenehm
war
doch
die
Zurückweisung,
die
unser
Kritik
früher
immer
hier
erlaubt.
Millionen
sind
in
Südwahrscheinlich
verschwendet
worden.
Qualitäten
sind
nicht
vorhanden.
Schuldige
kann
man
nicht
finden.
Die
Kolonialverwaltung
hat
ein
verwerfliches
Buch
begeben.
Es
lehnt
an
der
notwendigen
Kontrolle.
Die
Rechnung
von
Kamerun
bringt
uns
die
trübsten
Erinnerungen
an
den
früheren
Gouverneur
v.
Puttkamer.
Große
Summen
sind
verschwendet
worden.
Bam,
wo
wir
hat
Herr
v.
Puttkamer
angegeben
vergessen.
Das
ist
in
der
Geschichte
des
deutschen
Beamtentums
noch
nicht
begonnen.
Dieser
Gouverneur
hat
sich
um
den
Etat
und
die
Anordnungen
seiner
Vorgesetzten
durchaus
nicht
entkennert.
Er
hat
sich
gegen
ihren
Willen
einen
Palast
bauen
lassen.

Es ist nicht die geringste
Entschädigung für das
selbstherrliche
Vorgehen v. Puttkamers zu
finden. Wir sollten hier ein
Exempel statuieren und
ihn haftpflichtig machen.

Abg. Dr. Görde (nl.): Ganz
überherrschenderweise
haben sich
die meisten
Belege
noch
gefunden. Die
Sache ist
also nicht
ganz
so
schlimm.
Aber in
Gebirgen
hört die
Gewinnlichkeit
auf.

Abg. Czerniger (Ztr.): Eine
Prüfung
nach
acht
Jahren
hat
eigentlich
keinen
Zweck
mehr.
Unser
Kontrollrecht
wird
illusorisch,
wenn
die
Kontrolle
erst
nach
acht
Jahren
erfolgen
kann.
Der
Fall
Puttkamer
ist
wohl
das
Stärkste,
was
an
Angehörigkeit
von
Be-
stehen
des
Reichstages
vorzunehmen
ist.
Die
Regierung
erklärte:
Das
darf
nicht
dauern!
Puttkamer
aber
baute
doch.
Die
Rechnungslegung
für
die
Kolonien
muss
schneller
erfolgen.

Kolonialdirektor v.
Vindobilla: Das
letzte ist
bereits
eingeleitet.
Daher
wir
im
Rückblick
sind,
ist
ja
schon
zu
bedauern.
Es
findet
aber
Maßnahmen
getroffen,
die
das
absolut
abstellen.
Die
Rechnungen
werden
jetzt
an
Ort
und
Stelle
abgenommen,
wobei
eine
solche
Rechnungslegung
entfällt.
Zunächst
ist,
daß
erheblich
haushälterische
Verhältnisse
in
Kamerun
ausgewiesen
sind.
Die
Bau-
kosten
wurden
mehr
als
Beifalls
angegeben.
Der
Gouverneur
ist
infolgedessen
etwas
erschrocken
weiter
gegangen,
als
er
dürfte.

Abg. Dose (Rp.): Es ist
nicht
angenehm,
daß
eine
Kolonie,
die
der
Reichstag
vermindert
hat,
später
wieder
überprüft
wird.
Das
macht
unser
Budgetrecht
illusorisch.

Abg. Görde (nl.) verlangt
eine
bessere
Verbindung
zwischen
Rechnungs- und
Rechnungssachen.
Die
Rechnungssachen
werden
der
Rechnungs-
kommission
über-
reicht.
—
Zu
den
Etat-
überschreitungen
und
außer-
etatmäßigen
Ausgaben
für
1909
bemerkte
Abg. Koste (Soz.), daß
der Reichstag
an den
früheren
Etat-
überschreitungen
ein
nicht
geringes
Maß
von
Schuld
trage.
Der

Kedner beantragt insbesondere die Etatsüberschreitungen im Auswärtigen Amt bei Besichtigungen von Diplomaten. Wie hoch ist die Summe für Ehrengehälter des Kaisers? Wenn der Kaiser Gedenkmünzen machen will, ist es in eigener Tasche bezahlen. Ist es richtig, daß die Militärsärzte angestrichen sind, dafür zu sorgen, daß die Ausgaben für Mannschafspensioen nicht zu sehr ansteigen?

Generalleutnant v. Bademeister erwidert, daß eine detaillierte Aufzählung an die Militärärzte nicht ergangen ist und bittet Roste, ihm seinen Entwurf zu nennen. (Zuruf von Roste: Werde mich hüten!)

Hg. Dr. Goerde (nl.) beantragt die Mehrausgaben bei Unterführung der militärischen Lehungen Einberufenen. Hg. Erbacher (Str.) hebt hervor, daß jede Etatsüberschreitung eigentlich eine Gesetzesverletzung ist.

Schafstretter Bernuth: Natürlich müssen wesentliche Ueber-schreitungen des Etats vermieden werden. Wir werden im nächsten Jahre einen besondern Etat für die allgemeine Finanzverwaltung vorlegen. Hinsichtlich des Fonds für die Kriegsteilnehmer wurde glatt nach dem Gesetz verfahren. Wenn der Veteranen Fonds erfüllt wird, so werden auch die Grundfälle für die Verteilung einer Reserven unterzogen werden müssen.

Hg. Seubert (Pole) legt Verordnungen dagegen ein, daß aus dem Dispositionsfonds des Reichskanzlers 30000 Mark für eine Reise überdeutscher und westdeutscher Herren nach dem Ansehungs-gebiet gegeben worden sind. Das sei eine Förderung der deutschen Ansehungsgebiete, obgleich der Reichskanzler sonst immer erklärte, diese Fragen gehören in das Abgeordnetenhause.

Schafstretter Bernuth erwidert, daß es sich um keine Förder-ung des preussischen Ansehungsgebietes handelt. Im Ansehungs-gebiet haben sich zahlreiche kühnere Bayern angehebelt. Es besteht daher in Süddeutschland ein nationalpolitisches Interesse, dieses Gebiet kennen zu lernen.

Hg. Roste (Soz.) bezeichnet es als einen Standal, daß die Regierung Veteranen im Stich lasse, so daß eine ganze Reihe von Soldaten Summen in den Etat einstellen müßten, um der dringenden Not zu wehren.

Schafstretter Bernuth: Die Verteilung der Unterführung an die Veteranen muß gefällig durch die Bundesregierungen erfolgen, und das geschieht so entgegenkommend wie nur möglich, besonders in letzter Zeit.

Kriegsminister v. Heeringen: Ich kann nur wiederholt auf das allerhöchste versichern, daß ein Unterschied zwischen Offizier und Mannschaf in Bezug auf das, was ihnen nach dem Gesetz zusteht, seitens der Militärverwaltung nie und nimmer gemacht wird.

Die Rechnung geht an die Rechnungscommission. Donnerstag 1 Uhr: 2. Lesung der Novelle zum Strafrechtsgesetz. Schluß 6¼ Uhr.

W. Berlin, 11. Jan. Der Seniorenanwalt des Reichstags einigte sich heute über folgenden Arbeitsplan: Sitzungstag sollen die den 21. und 23. Januar sowie Kaisers Geburtstag, der 4. Febr., die den 2. Febr., 3., 4., 18. und 20. Febr., der 4., 6., 25. und 27. März. Die zweite Etaslesung soll erst am 13. Februar beginnen. Bis dahin sollen erledigt werden die zweiten Lesungen der Novelle zum Strafrechtsgesetz, des Zuwanderungsgesetzes, der Feuer-versicherungsgesetzgebung und des Reichsversicherungs-gesetzes. Vom 24. bis 26. Januar soll die erste Lesung des Gesetzes über die Verfassung des Reichstags stattfinden und am 28. Jan. die zweite Beratung (2. und 3. Lesung) stehen nach diesem Arbeitsplan, falls der Etat rechtzeitig vor dem 1. April ver-schiedet werden soll, 33 Tage zur Verfügung.

Preussischer Landtag.

Herrenhaus.

2. Sitzung. Mittwoch, den 11. Januar.

Präsident Freiherr v. Manteuffel eröffnet die Sitzung um 12¼ Uhr.

Das Haus ehrt das Andenken der seit der letzten Session verstorbenen Mitglieder Graf Königsmarck, Professor Dr. v. Savigny, Oberbürgermeister Kerlen, Landesdirektor Freiherr von der Goltz, v. Wehll, Rannenberg, Oberbürgermeister Dr. Schmieding, Reichs-senatpräsident A. D. Dr. Koch, v. Weidobach, v. Wrochem, v. Noth und Graf Falkenstein durch Erheben von den Sitzen.

Präsident Freiherr v. Manteuffel begrüßt dann die neu eingetretenen 22 Mitglieder.

Der Geheimgutberr. die Aenderung der rheinischen Landgemeinordnung wird der verstärkten Kommunal-commission übergeben.

Die neu eingetretenen und noch nicht vereidigten Mitglieder General v. Wittmann-Graetz und Oberbürgermeister v. Heine werden in der üblichen feierlichen Weise vereidigt.

Die bisherigen Mitglieder der Matrittscommission werden wieder gewählt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Präsident Freiherr v. Manteuffel erteilt und erhält die Ermächtigung, die nächste Sitzung einzuberufen, sobald Veran-laffung dazu vorliegt.

Schluß 1¼ Uhr.

Deutsches Reich.

Nach einmal: Regierung und Landräte.

Der Landrat des Kreises Gormann, Axel Freiherr v. von Walsahn, sendet der „Natlib. Corr.“ folgende Berichts-gung:

1. Es ist unwahr, daß ich den Alterszulassungsbesitzer Beder aus Bartmannshagen mit andauernden Ordnungsstrafen bis zum Gesamtbetrage von 3000 Mark gepeinigt habe. Es ist gerichtlich festgestellt, daß diese Strafen sämtlich aus der Zeit meines Amtsvorgängers stammen. 2. Es ist unwahr, daß ich das freireinige „Geweisswader Tagelblatt“ öffentlich in „Schwefelbath“ genannt habe. Es ist festgestellt, daß ich diesen Ausdruck, wenn er überhaupt gefallen ist, nur dem Gastwirt Wenzel gegenüber im Privatgespräch ge-braucht habe. Daß der Ausdruck gefallen sei, hat die ein-zige vernommene Ohrenzeuge Behzandt unter seinem Eide nicht bestritten können. 3. Es ist unwahr, daß ich die Kreis-angehörigen vor dem Anlauf der Bederischen Werbe gewernt

habe. Sowohl durch die Zeugnisaussagen, als auch durch den vom Gericht verlesenen Gerichtsbericht vom 21. Juni 1906 ist festgestellt, daß ich mich stets nur lobend über die Bederische Werbezeitung geäußert habe und daß, sofern über-haupt von meiner Seite einmal von Werbeauftrag dem Zeugen Rastow gegenüber die Rede gewesen ist, dies nur in dem Zusammenhang geschehen ist, daß dieser sich mit Rücksicht auf das aggressive Verhalten des Herrn Beder mir gegenüber im Interesse der Solidarität des Kreisassessors etwas mehr Reserve Herrn Beder gegenüber auferlegen möchte. 4. Es ist unwahr, daß ich einen 10 Kilometer entfernten Kan-glisten, meinen Privatsekretär, zum Gutsortsvorher von Bart-mannshagen ernannt habe. Es ist festgestellt, daß die Ent-fernung zwischen Gormann und Bartmannshagen nur etwas mehr als 3 Kilometer beträgt. 5. Es ist unwahr, daß ich die Bederischen Steuererklärungen systematisch beanstandet habe. Ich habe im Gegenteil vor Gericht ausdrücklich be-tundet, daß Herr Beder im Gegensatz zu anderen Zeitgenossen in seinen Steuererklärungen sehr gewissenhaft zu sein pflegte und mir im allgemeinen keinen Anlaß zu Ausstellungen gab. Fzhr. von Walsahn.

Wir bedauern — so bemerkt die „Natlib. Corr.“ bei der Niederlage des Vorstehenden — im Interesse des Freiherrn von Walsahn, diese Berichtigung nach der geistlichen Vor-schrift wiedergeben zu müssen. Denn diese Sache wird dadurch nicht gerade verbessert, weil unsere Angaben (bei denen wir übrigens auf die freireinigen Werberichter angewiesen waren) bis auf Punkt 1 so ziemlich bestätigt werden. Landrat von Walsahn vermag den Ausbruch „Schmeißelblatt“ nicht vor-behaltenlos in Abrede zu stellen. Er bezeichnet es als „un-wahr“, daß er vor dem Anlauf der Bederischen Werbe gewernt habe, muß aber zugeben, den Zeugen Rastow zu „etwas mehr Reserve“ gegenüber Beder aufgeführt zu haben. Er nennt es weiter „unwahr“, daß er Beder's Steuererklä-rungen nur „im allgemeinen“ keinen Anlaß zu Ausstellungen gaben. Endlich der Gutsortsvorher von Bartmannshagen! Man hat darin mit Recht den schlagendsten Beweis für die Schüt-zerungspolitik des Landrats Fzhr. v. Walsahn gesehen, daß er einen Kanglisten, und noch dazu einen von B. weit ent-fertnt wohnenden zum Gutsortsvorher ernannte. Herr von W. stellt nun fest, daß die Entfernung „nur etwas mehr als 3 Kilometer“ betrag, nicht aber 10 Kilometer. Wer die Ob-liegenheiten eines Gutsortsvorher kennt, wird zugeben, daß diese „etwas mehr als 3 Kilometer“ nicht weniger schifanös sind, als die 10 Kilometer, die in den Werberichtern ver-zehmt waren. Nebenfalls machen die Eingekündigten, welche Freiherr v. W. in dieser „Berichtigung“ selbst depo-niert, eine auffällige schäbliche Kränkung seiner Qualifikation zum Landratsamt erst recht notwendig und dringlich.

In einem anderen, hier ebenfalls mehrfach berührten Falle wenigstens, dem des Landrats Dr. Schröder im Kreise Wittgenstein, scheint die Behörde zum Einschreiten entschlossen zu sein. Es fiel allgemein auf, daß die Regierung auch aus den gerichtlich festgestellten Uebergriffen dieses Beamten keine Konsequenzen zog. Wie wir nunmehr aus zuverlässiger Quelle erfahren, ist dies lediglich daraus zu erklären, daß das gericht-liche Verfahren gegen Herrn Dr. Schröder noch nicht ab-geschlossen ist, sondern sich zurzeit beim Reichsgericht befindet. Es steht indessen nach Abhluß des Verfahrens mit Sicherheit zu erwarten, daß auch die Regierung zu der Angemessenheit noch ein Wort sagen wird.

Zur Ostasienfahrt des Kronprinzen.

Die Londoner „Daily Mail“ führt fort, die Reise des Kronprinzen und die ganz außergewöhnlichen Vor-berreitungen, die zu seinem Empfang am chinesischen Hofe getroffen werden, auszufächeln, in der Absicht, gegen Deutschland zu gehen. Sie erklärt nämlich zuerst, die für den Sohn des Kaisers in Peking getroffenen Vor-berreitungen erregten in russischen offiziellen Kreisen Verstim-mung, und läßt sich dann aus Peking melden, daß es ganz un-erhört ist, daß der Kronprinz seine Wohnung erhalte nicht nur in der verbotenen Stadt, sondern im kaiserlichen Palast selbst. Für die Verteilung seiner Wohnung seien 30 000 Fr. aus-gegeben worden. Es gehe überhaupt zum ersten Male, daß ein Europäer innerhalb der Mauern des kaiserlichen Palastes aufgenommen werde.

Die Hoffnungsarmen.

„In Preußen kann man nie hoffnungsarm genug sein!“ Dieses Urteil fällt die — „Köln. Zig.“ über die Thronrede zur Eröffnung des Landtages, weil darin kein Wort von der Welpenpolitik, keine Erwähnung der Welpenreform und auch nichts über das halbamtlich angekündigte Feuer-behaltungs-gesetz gesagt ist.

Kostenanschlag in Disziplinarsachen.

Der „Reichsanzeiger“ meldet: Das Königlich-Preussische Staatsministerium hat unter Aenderung seines Beschlusses vom 9. Oktober 1896 (nerrl. „Reichs- und Staatsanzeiger“ vom 21. Dezember 1896, Nr. 303) bestimmt, daß zu den als bare Ausgaben anzusehenden Kosten, deren Er-stattung dem im Disziplinerverfahren Verurteilten gemäß § 122 des Gerichtsverfahrgesetzes vom 25. Juli 1901 (Gesetz-sammlung S. 227) auferlegt wird, Postgebühren überhaupt nicht mehr, Schreibgebühren aber nur dann noch gedeckelt werden dürfen, wenn Ausfertigungen und Abschriften nicht von Amts wegen, sondern auf Antrag eines Beteiligten erteilt werden.

Eine reichsgerichtliche Regelung des Waffentragens.

ist, wie erinnert, Gegenstand von Ermüdungen an den zu-ständigen Stellen. Tropdem darf man, wie oftjäh geschrieben wird, annehmen, daß dem Reichstag in der gegenwärtigen Legislaturperiode eine Gesetzesvorlage auf diesem Gebiete nicht mehr zugehen wird: Einmal ist die gegenwärtige Session mit gesetzgeberischen Maßnahmen schon überreicht in Anspruch genommen, und außerdem ist die ganze Materie gegenüber zu einer gesetzlichen Regelung noch nicht spruchreif. Preußen hatte zuerst beabsichtigt, das Waffentragen durch Landesgesetzgebung zu regeln. Man hat sich jedoch entschlossen, dies der Reichsgerichtsbildung zu überlassen, weil die Ausübung auf das reichsgerichtliche Recht, nämlich die Waffenindustrie, der Waffenhandel und die Jagdwaffenver-eine haben bereits wiederholt zu der Frage Stellung genommen und sich in Eingaben an die Reichsregierung gewandt. Ueberwiegend gehen die Vorschläge dahin, daß der Verkauf von Waffen nur an Personen statthalt sein soll, die sich im Besitz eines am-

lichen Waffenscheines befinden. Andererseits wird auch beantragt, den Waffenhandel konzeptionspflichtig zu machen durch eine entsprechende Aenderung der Gewerbeord-nung. Einer solchen Regelung steht jedoch ein erheblicher Teil der Waffenindustrie sehr ablehnend gegenüber.

„Reichsnot und Gottesgnadentum“.

Aus Frankfurt a. M. wird uns gemeldet: Wegen der bekanten, auch im Reichstage erörterten Stro-ichüre des Redakteurs Rendel von der sozialdemokratischen „Frankfurter Volksstimme“, betitelt: „Hier Reichsnot, hier Gottesgnadentum“, hatte die Staatsanwaltschaft dem Verfasser eine Anklage wegen Wafsttsbeleidigung zugestellt. Die Frankfurter Strafkammer hat aber die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt.

Parlamentarisches.

Der freireinige Wahlrechtsantrag.

Der bereits angekündigte Antrag der Fortschrittspartei des Abgeordnetenhauses über die Wahl-rechtsvorlage hat folgenden Wortlaut:

Die königliche Staatsregierung soll erwidert werden, noch in dieser Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen 1. unter Aenderung der Artikel 70, 71, 72 und 115 der preussischen Verfassungsurkunde für die Wahlen zum Abgeordnetenhause das allgemeine, gleiche und direkte Wahl-recht mit geheimer Stimmabgabe zur Einführung gelangt. 2. zugleich auf Grund der Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 und entsprechend den Grundzahlen des Gesetzes vom 27. Juli 1890 eine anderweitige Fest-stellung der Wahlbezirke für die Wahlen zum Abgeordnetenhause herbeiführt und die Gesamtzahl der Abgeord-neten neu bestimmt wird.“

Parteinachrichten.

Aus dem Wahlkreis Wülshausen-Rangena-Ja-Weihenau.

wird der „Freie. Zig.“ geschrieben: Einen Akt roher Gewalt ließen sich händlerische Sturmkolonnen in einer Versammlung, die von liberaler Seite zu Sonnabend nach Großargen, die von Wählern des Abg. Arnstadt einbe-rufen war. In dieser Versammlung sollte der Kandidat der liberalen Parteien, Justizrat Dr. Lewin Berlin, seine Stellung zur politischen Lage entwickeln, und während der Abg. Arnstadt eine tags zuvor vom Vorstände der Fortschrittlichen Volkspartei an ihn gerichtete Einladung zu einer Versamm-lung in Wülshausen abgelehnt hatte, schienen hier auf liber-alerischer Seite alle Vorlesungen getroffen zu sein, um diese Versammlung unmöglich zu machen. Schon als Parteiführer Dr. Dornblüth den von fast 500 Personen dichtgefüllten Saal be-trat, begrüßte ihn ein Teil der Anwesenden mit Tönen und Schreien, und derselbe Standal wiederholte sich, als Justizrat Dr. Lewin, der zum ersten Male an diesem Ort sprechen wollte, erschien. Es war alles hüßlich vorbereitet und die Rollen genau verteilt, denn prompt ließ auch der gewöhnliche Gesellschafts-ordnungsantrag ein und ebenso prompt schloß sich, als dieser zu-rückgewiesen wurde, hieran der übliche Kabau. Dielem Treiben sah der Abg. Arnstadt, umgeben von einem ganzen Stabe untertänfiger Kräfte, unter denen sich neben mehreren desigen Kreismitgliedern auch der Generalsekretär Blühme-Schle und der konservative Generalsekretär Dr. Kauffold be-fanden, mit begünstigtem Äußerlich zu. Ja, als Justizrat Lewin endlich zum Wort kam und, wenn auch wiederholt unterbrochen, doch in einem 1½ stündigen Vortrage treffend die einseitige Interessenswirtschaft der reaktionären Parteien kennzeichnete, war er gerade durch das Verhalten des Abg. Arnstadt ge-zwungen, an diesen mehrmals den Appell zur Einhaltung der parlamentarischen Grenzen und Ausübung gegenseitiger politischer Achtung zu richten. Nach dem Referenten sprach der eben erwähnte Dr. Kauffold, um seine Leute von neuem aufzupeitschen. Als nun hierauf ein anderer Redner das Wort erhalten sollte, sprang Herr Dr. Kauffold auf einen Stuhl und verurteilte gegen den Willen des Vorstehenden irgend etwas Schriftliches zu verlesen. Dem energischen Eingreifen des Ver-sammlungsleiters gelang es, ihn daran zu verhindern, das war aber ein Heranführen an den Abschlussschritt. Unter dem Ein-druck dieses Verhaltens und mit dem Hinweis, daß hier Ge-walt vor Recht gehe, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Kleine vermischte Nachrichten.

Einer Mitteilung der „Neuen politischen Korrespondenz“ zu-folge ist die in einem Teil der Presse verbreitete Nachricht von einer bei der Reform des Referendarengesetzes geplanten Abschaffung der häuslichen Referendararbeit verfrüht. Definitive Entschlüsseungen seien noch in keiner Weise gefaßt. Die Ungelegenheit unterliege vielmehr zurzeit lediglich den Er-wägungen der maßgebenden Stellen, und es sei noch völlig unent-schieden, zu welchem Resultat diese Erwägungen führen werden. — Der sozialdemokratische Gewerkschaftssekretär v. Probst wurde verhaftet, weil er nach Aussagen von Betriebsräten, die gleichfalls verhaftet sind, der Hauptbetriebsführer bei dem Deutscher Streiktramalle gewesen sein soll. — Wie ein Blatt hört, hat sich der preussische Kriegsminister damit einver-standen erklärt, daß die Wähler einer Witzschule sich von jetzt ab ohne Abgabe der Eintrittsgelder vor der öffent-lichen Prüfungskommission unterziehen dürfen. Außerdem werde der Kriegsminister den Besuchern der Witzschulen die Jagdscheinstellungsfragen um eröffnen. Weiter würden die Be-zichtigungen erhalten, die mittlere Beamtenlaufbahn bei der Post und Telegraphie einzuschlagen und ohne Prüfung in die meiste Seminarvorläufe einzutreten. Der Eintritt in die Fachschulen, die dem Handelsminister unterstehen, solle ihnen erleichtert werden. Ferner sollen sie bei der gesetzlichen Regelung des Fortbildungsschulwesens besonders berücksichtigt werden. Endlich werde der Finanzminister ihnen für die subalterne Beamtenlaufbahn Berech-tigungen gewähren. — Das Schulgesetz des Deutschen Schul-schiffereins „Prinzeß Eduard-Friedrich“ ist am 10. Jan. wohlbehalten in Kingston auf Jamaica eingetroffen und wird am 17. Januar nach Havana weitergeleitet.

Bot- und Personalsnachrichten.

Die Kaiserin stiftete für die neuerrbaute evangelische Par-kirche in Groß-Auchen in Hesse-Nassau eine kostbare alte Bibel. Der Kaiser hatte zu dem Kirchenbau insgesamt 10 000 Mark gespendet.

Sohne, der bei ihren Bettelstelen Rote steht. Den gleichen Namen hat sie wenigstens in der Gallinistadt angegeben.

Freiburg a. U., 9. Jan. (Abkürzendes Festsch.) In dem nahen Dorfe Großjena ließ sich ein Festschiff los, führte auf das Müllerssee Hausgrundstück und zertrümmerte Dach und Treppe. Verletzt ist niemand.

Erfurt, 10. Jan. (Antialkohol-Ausstellung.) Im Eisenbahnabfertigungsbau wurde eine Thüringer Wanderausstellung zur Bekämpfung des Alkoholismus eröffnet. Eröffneten waren Vertreter der Kgl. Eisenbahndirektion, der Kgl. Regierung, der städtischen Behörden, Ärzte, Gelehrte, Direktoren und Lehrer der hiesigen Lehranstalten. Überbürgermeister Dr. Schmidt wünschte der Ausstellung lebhaften Erfolg in allen Kreisen der Bevölkerung. In der Ausstellung, die eine Woche dauern, finden täglich Vorträge statt, die sich mit der Bekämpfung des Alkoholismus beschäftigen. Die Stadt hat zur Unterstützung der Ausstellung unternehmens 300 Mark zur Verfügung gestellt. Die Ausstellung, die vom Deutschen Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke und dem Guttemplerorden Thüringens gegründet worden ist, enthält ein umfangreiches Material an Druckschriften, statistischen Tabellen und Abbildungen, welche die schädlichen Wirkungen auf die Gesundheit des Menschen verdeutlichen.

Erfurt, 10. Jan. (Schwerer Rodelunfall.) Schwer verunglückt sind am Montagabend beim Rodeln zwei Unteroffiziere vom hiesigen Jägerregiment zu Pferde. Während der eine durch den Anprall des Schlittens an ein Hindernis beide Beine brach, erlitt der andere Unteroffizier einen Beinbruch sowie mehrere Kopfverletzungen.

Torgau, 10. Jan. (Gutsaufteilung.) Wie das Torg. Kreisblatt* hört, ist das Rittergut Commende bei Dornmisch von der Firma F. Meißner & Koopke, Bank- und Kommissionsgeschäft in Magdeburg, zum Zwecke der Aufteilung angekauft worden. Der Preis beträgt 350 000 M. Der vorherige Besitzer wird nach Samoa überbelehnt, wo er ein größeres Besitztum besitzt hat.

Halberstadt, 10. Jan. (Polizeikommissar Schaffhausen) hat ein Engagement nach Essen a. Ruhr erhalten, wo er als Inspektor der auf den Kruppischen Werken eingerichteten Polizei tätig sein soll.

Stendal, 10. Jan. (Tödtlicher Bauunfall.) Bei den Abrüchearbeiten der Genossenschaftsbauwerk in der Nikolaisstraße fiel dem 61jährigen Arbeiter Peters von hier ein Dachsparren auf den Kopf. An den Folgen der Verletzung (Schädelbruch) ist er verstorben.

Tangermünde, 9. Jan. (Das erste Grundeis) zeigte sich gestern in der Elbe. Falls der Frost anhalten sollte, dürften sich in den nächsten Tagen größere Eismassen bilden. Einzelne in der Elbe liegende Fahrwege machten schon gestern Anstalten, den Winterhafen zu beziehen.

Witten, 10. Jan. (Ertödt.) In der Nacht zum Sonntag fand bei beim Landammerrat Hoch beschäftigte Arbeiter Benglers durch Ertrinken seinen Tod, indem er, um seine Stube zu erwärmen, einen Eimer mit glühenden Koks mit hineinnahm. Als W. am andern Morgen zum Füttern des Viehes auf dem Gutshof nicht erschien, drang man durch das Fenster in die Stube und fand ihn kumpellos vor. Der Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

Schidau (Elbe), 10. Jan. (Ein seltenes Jagdglück) hatte dieser Tage Herr Oberförster Ert auf dem Rentier der Königl. Oberförsterei Eigenroda. Er erlegte einen lapitalen schlagenden Storch, ca. 4 Zentner schwer, und ein Wildschwein.

St. Polenzburg, 9. Jan. (Einweihung einer Kirche.) Sonntag fand die feierliche Einweihung der im Innern vollständig erneuerten Kirche des benachbarten Groß-Polenzburg statt. Vor Beginn der gottesdienstlichen Handlung nahm Generalallergnädigster Erzbischof von Breslau Gelegenheit, die vom Kaiser verliehenen Auszeichnungen zu verteilen; es erhielt der Kreispräses Kreis-Inspektoren Dr. Zährle den Kronenorden 3. Klasse, der Amtsverwalter Schmid den Kronenorden 4. Klasse und Maurerpolier Engler das Allgemeine Ehrenzeichen.

Weslau, 10. Jan. (Eine anhaltische Hütte in den Alpen.) Die Section Anhalt des deutschen und österreichischen Alpenvereins will in den östlichen Zentralalpen am Steinjoch eine Alpenvereinshütte erbauen. Die Gesamtkosten werden 24 000 Mark betragen.

Frankenhäuser am Roffhäuser, 10. Jan. (Gemeinsame Kurtazen.) Unsere Stadt hat leinertzeit zusammen mit Frankenhäuser (Schwarzrath), Schwarzrath, Kuboldstall und Beutenberg ihre Eingänge an die Staatsregierung in Rudolstadt gerichtet zum Zweck der Einföhrung einer Kurtaze. Das städtische Ministerium teilte der Stadt Frankenhäuser mit, daß in dem neuen Rommalaufhangengeheiß, das in Vorbereitung ist, dem Antrage Rechnung getragen werden sollte.

Friedrichroda, 10. Jan. (Thüringer Trachtenfest.) Am Sonntagsabend fand auf dem Schloßberg bei Friedrichroda die Einweihungsfeier des neuen Hotels seitens der Spielberg-Gemeinde statt. Mit der Eröffnungsfeier war eine Thüringer Trachtenfeier verbunden.

Gnieß bei Kemberg, 10. Jan. (Der Gummiring.) Der 10jährige Sohn des Büdners Bante hierorts spielt mit einer Kugel. Hierbei nahm der Junge den Gummiring zum Verschluß in den Mund und verschluckte ihn. Der Gummiring blieb in der Kehle liegen und konnte nicht entfernt werden. Der Arzt eroberte eine Heberführung nach dem Paul Gerhardt-Stift in Wittenberg an.

Ular (Solling), 10. Jan. (Kobdichstahl.) Im hiesigen Postamt ist aus einem besonders verschlossenen Schrank für Verfassungen ein von Adolphe an die hiesige Kreisstelle geandertes Geldbrief über 5300 Mark entwendet worden. Als der diensttuende Beamte abends den Geldschrank dem verschlossenen Fache, worin noch zwei Briefe lagen, entnehmen wollte, konnte er das Schloß nicht öffnen, weil es verdorben war. Auch ein anderer Schloßler gelang das nicht, und so mußte die Rückwand herausgemacht werden. Da stellte sich heraus, daß der Geldbrief über 5300 M. fehlte. Eine Ausfischung bei einem Unterbeamten verlief resultatlos, doch glaubt man, dem Diebe auf der Spur zu sein. Ein höherer Polizeibeamter ist zur Führung der Untersuchung hier eingetroffen.

Eisenach, 10. Jan. (Das Hotel auf der „Hohen Sonne“) ist vom Staat an den Hotelier D. Zimmermann-Eisenach auf die Dauer von sechs Jahren verpachtet worden.

Eisenach, 10. Jan. (Beihilfe zur Ziegenzucht.) Das großherzogliche Staatsministerium ist in den letzten Jahren wiederholt tatkräftig für möglichste Förderung der für weitere Volkstreu äußerst wichtigen Ziegenzucht eingetreten. Auch jetzt wieder hat es bei der in Dornbach (Eisenacher Oberland) errichteten Ziegenhof-Ausstellung eine Unterweisung in Höhe von 1000 M. zuteil werden lassen.

Wetzlar, 10. Jan. (Einschreier.) In der letzten Zeit wurde die Umgebung von Wetzlar von Einschreier heimgesucht. Gestern schäben Einschreier in Eberstadt in dem Hoppelschen Gasthof in der Zeit von nachmittags 2-4 Uhr etwa 1000 Mark bares Geld. Die Diebe sind unerwartet entkommen.

Abzug, 10. Jan. (Durch Raufheißsüßung) wurden heute Nacht im Fernprophet der Stadt und der Umgegend starke Verkehrsstörungen herbeigeführt, indem viele Dörfer stießen. Auch aus den benachbarten Städten werden Verkehrsstörungen gemeldet. In den Wäldern sind vielfach Baumstämme entfallen.

Leipzig, 9. Jan. (Ein heiratlicher Kapitan.) Ein Kapitan an der Trinitatiskirche zu Leipzig hat sich, nachdem er aus seinem Amt und seiner Stellung ausgetreten ist, mit einer Wiener Schauspielerin verheiratet. Die Trauung fand in einer evangelischen Kirche statt.

Weida, 9. Jan. (Die Landesgefängnisausstellung) für das Großherzogtum Sachsen, die für den 25. bis 27. Februar hier geplant war, ist wegen der im Großherzogtum herrschenden Viehpesten bis zum Herbst d. J. verschoben worden.

Theater und Musik.

Das Händelche Oratorium Jephtha

fand am 10. Januar in Eisenach durch den städtischen Singschor unter der Leitung Dr. Stephanis statt. Dr. Stephanis hatte die Chöre nach moderner Art eingearbeitet und sich damit als äußerst geschickter Musiker erwiesen. Die Chöre wie die Solopartien klangen geschult und geschickt, so daß der große Erfolg wohlverdient war.

Vermischtes.

Aus dem Erdbebengebiet in Turkestan.

In Werny haben jetzt die Ausgrabungen in den verschütteten Häusern begonnen. Die Mehrzahl der Bewohner ist aus Furcht vor weiteren Zerstörungen in Zelte gezogen und ledet hier unter der herrschenden Kälte. Das Erdbeben hält noch immer an. Die schlimmsten Folgen zeigten sich bei Karom, wo Hunderte von Leuten hien, auch am Ufer des Issul-Sees sind alle Niederlassungen zerstört worden. Die Poststation Salara ist unter einem mächtigen Felsblock begraben. Alle Bewohner sind dort umgekommen. In Werny haben sich einzelne Erdbeben von 30-50 Fuß Breite gezeigt. In den Städtchen Tokmak liegen sehr viele Tote, die einen entsetzlichen Geruch verbreiten, da eine Beerdigung unmöglich ist.

Die Londoner Polizei.

□ London, 11. Jan. Infolge der Affäre von Houndsditch hat man als notwendig erkannt, die Londoner Polizei zu bewaffnen. Die Polizeigenossen werden in Zukunft, wie ein Dekret des Ministers Churchhill anordnet, mit automatischen Revolvern bewaffnet werden, deren Modell Donnerstag in Stockholm ausprobiert werden soll.

Die Pest in Charpin.

Aus Petersburg meldet der Draft: Furchtbar mütet die Pest in dem Chinesenviertel von Charpin. Täglich ereignen sich über 100 Todesfälle. Da es unmöglich ist, Menschen und genügend Zeit zur Bestattung zu finden, werden die Leichen auf die Straße geworfen und in Charpin und der benachbarten Stadt Scharnweit verbreitet. Die Ursache von einem Stadtviertel ins andere. Schon bestimmt sich die Epidemie auch den Toren der europäischen Stadtteile von Charpin zu nähern. Drei Russen sind hier bereits erlegen. Bei den ununterbrochenen Besichtigungen der Pestgegend mit dem europäischen Ausland ist die Gefahr der Verbreitung der Pest in Rußland ohne Zweifel sehr groß.

Der Kampf gegen die Seehunde.

Aus Rostock wird uns geschrieben: Die Meeresburgischen Ostseefischer sind hart beunruhigt, weil eine Verordnung dreht, welche den Fisch mit unglücklichen Mähen ums Leben ringenden Fischbestand dem Ruin entgegenzuführen geeignet erscheint. Zum Schutze der Seehunde soll nämlich das Schließen derselben längs des Meeresstrandes sowie bis 500 Meter in See verboten werden. Hiergegen wendet sich eine Petition der Fischer von Arenhöfen, Brunschwanden, Meesendorf und Alt-Gaark an den Meeresburgischen Landtag, in welcher gesagt wird, daß die Fischerei der Seehunde, der von Oktober bis Ende März die deutsche Küste heimlich, durch Vernichtung des Janges der Fischer, wie durch schwere Beschädigung der Fangeräte ernstlichen Schaden anrichtet. Erst als man sich entschloß, mit dem Gewehr durch Schreden und Schießen vorzugehen, ist es möglich geworden, wenigstens der Seehundeplage etwas Herr zu werden.

Wäre nun eine Vorfrist, welche das Jagdrecht bis 500 Meter in See ausdehnt, Gesetz, so wäre der betreffende Jagdbehälter oder Fischer in der Lage, die Fischer innerhalb seiner Jagdgrenze bis 500 Meter in See zu verbieten und jede Möglichkeit geschunden, der Seehundeplage Herr zu werden und entgegenzuwirken. Damit aber wäre der Ruin des Fischereis beendet und eine endlose Anzahl von Erbkinder heillos gemacht. Besonders hervorzuheben wird noch, daß der Seehund ein Vorkommt des Dorches sei, der Dorchstag aber sich innerhalb der 500 Meter-Grenze befindet. Der Dorch stellt aber gerade das Hauptfangobjekt des Fischereis dar. Das an den Landtag gerichtete Ansuchen geht daher dahin, das Jagdrecht an Strände und auf See in der bisherigen Weise freizulassen zu wollen. Bei der Frage, wer des Schutzes mehr bedürfte, die Seehunde oder der ehrenwerte Stand der Seefischer, deren Verdienst lieweils immer larger geworden ist, dürfte die Entscheidung nicht schwer fallen.

Aus der Pfalz. Der Stadtrat Ruffschaffhaus Peter Wolf aus Kaiserslautern ist seit einigen Tagen von dort verschunden. Wolf war früher einer der Hauptverantwortlichen der Kaiserslauterner Sozialdemokraten. Sein Verschunden wird mit bedeutenden Unterschlagungen zum Schaden des Medizinerverbandes, dessen Geschäftsführer Wolf ist, in Verbindung gebracht. Die Pfälzische Presse jährt sich rund 10 000 Mark.

Der Feuerwehrenten verunglückt. Bei einem großen Kellerbrande der Dienstadt am einem Tapetenlager in der Lohr- ringer Straße in Berlin ausbrach, verunglückten vier Feuerwehrenten. Der Brand verurteilte eine große Veranachlung, so daß die Löscharbeiten nur unter Benutzung von Raufhaken vorzuringen konnten; trotzdem erkrankten 4 Feuerwehrenten infolge der großen Rauchentwidelung. Der Feuerwehrenten Gehalt mußte nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden. Die Feuerwehrenten Grober und Steiner

und der Oberfeuerwehrenten Dornbusch klagten über heftige Kopfschmerzen und zeitigen Fiebererscheinungen. Die Abkühlung des Brandes dauerte fast sechs Stunden.

Letzte Nachrichten.

Urteil im Moabiter Straßenkrawall-Schwurgerichtsprozeß.

HTB. Berlin, 11. Jan. (Privat-Telegramm.) Im Moabiter Straßenkrawallprozeß wurde heute das Urteil der Geschworenen gefällt. Der Angeklagte Bok, der zweimal Schußwunde gelitten hatte, wurde zu 3 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt unter Anrechnung der dreimonatigen Untersuchungshaft. Der Angeklagte Tiedemann, der mehrfach vorbestraft ist, wurde wegen Landfriedensbruches und Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, der Angeklagte Pilz, der von der Anklage der Körperverletzung freigesprochen wurde, zu 3 Monaten Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft verbüßt sind, verurteilt. Vier Angeklagte wurden freigesprochen, drei zu Geldstrafen von 40 bis 50 Mark verurteilt. Die übrigen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von 1 bis 9 Monaten.

Zum Kaffater Lohnkrieg.

Die Regierung verteidigt Minister Bodmann. Karlsruhe, 11. Jan. Die Karlsruhe'ia* nimmt heute in einem halbamtlichen Artikel gegen den offenen Brief an den Minister Bodmann, den der Wbz. Kolb im „Kaffater Woz“ veröffentlicht hatte, Stellung. In den zwei Spalten laugen Ausführungen werden die einzelnen Korwüre, die Kolb dem Minister über das Verhalten der Polizei während des Kaffater Streiks den Streikenden gegenüber macht, zurückgewiesen. In den Auslassungen erzählt das halbamtliche Blatt Einzelheiten, die die besondere Verhärtung des Polizeidienstes notwendig machten, und betont, daß der Minister des Innern bei Wahrung weitgehender Neutralität gegen die Arbeitswilligen und Streikenden die geltenden Gesetze durchzuführen werde. Wenn die Gesetze bei dem gegenwärtigen Lohnkrieg in Kaffat gegen die Streikenden angewendet werden müßten, liegt das daran, daß die Streikenden die Arbeitswilligen abgahnten suchten. Aufgabe der Streikleitung wird es sein, die Arbeiter über ihr gesetzliches Recht aufzuklären, um ein weiteres Einschreiten der Polizei zu verhindern.

Aushebung eines anarchistischen Zirkels.

München, 11. Jan. In einer Mitteilung am Glodenberg erschienen geftern Abend 10 Kriminalbeamte, besetzten die Ausgänge und drangen in das Lokal ein. Es handelte sich um die Aushebung eines anarchistischen Zirkels, der seit Wochen jeden Dienstag Zusammenkünfte abhielt. 24 Personen, darunter 3 Frauen, die anwesend waren, wurden verhaftet und zur Feststellung ihrer Veronalen nach der Polizei gebracht. Verschiedene Flugblätter wurden beschlagnahmt und einige Hausdurchsuchungen vorgenommen.

Protest zur Meber Bürgermeierwahl.

Wetzlar, 11. Jan. (Privat-Telegramm.) Fünfzehn liberale Mitglieder des hiesigen Gemeinderats legten gegen die Wahl Dr. Forets zum Bürgermeister Einspruch bei der Regierung ein.

Japanischer Seuch.

London, 11. Jan. Ein japanischer Seuchwader unter Admiral Takahimo liegt seit fünf Tagen vor Panama. Der Oberingenieur Oberst Coethals führte die Offiziere persönlich durch die Kanalarbeiten, wobei er sie mit Karten versehen hatte und detaillierte Erklärungen abgab. Der japanische Admiral war von der Großartigkeit des Werkes übermäßig und sagte: „Ich würde es für einen Irrtum halten, wenn der Kanal besetzt würde.“

Perien gegen die russisch-englische Invasion.

v. Kempner, 11. Jan. Der perische Konul in Newyork hat ein Kommuq: veröffentlicht, das von der Regierung beschlossen ist und die Aufforderung an die Nationen richtet, Perien gegen die englisch-russische Invasion zu schicken. (Die offizielle Bekätigung dieser Meldung ist noch nicht eingetroffen. Die Red.)

Kön, 11. Jan. Der im Deutscher Krawallprozeß als Hauptangeklagter beschuldigte Erbarbeiter Dippert, der in Luxemburg gefangenommen wurde, hat mehrere Personen als Teilnehmer angegeben, darunter den Arbeiterretreter Frühlich als Mitankläger. Frühlich wurde verhaftet.

Briefkasten.

(Jeder Anfrage ist die Annoncenquittung beizulegen.)
Ed. D. Insefers Wissens nach kann man in 2 Bundesstaaten Staatsangehörigkeit besitzen. — Die Karte erhebt in besseren einflussreichen Geschäften im Handel.
Fingtau. Wenden Sie sich an die Zentral-Ankunftsstelle für Auswanderer in Berlin.
Meyer. Wenn jede Partei einen Torhüßler besitzt, kann der Hauswirt das Tor schließen.
Zwei Streikthätige: Damals waren 5-Markstücke in Gold im Umlauf.

Unterhaltungsblatt.

Auf schwankendem Grund Roman von H. Wbt (Korff). — Bunte Zeitung. — Der Südherrlich.

Leitung: Wilhelm Georg. Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den isolaten Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Weilmann; für Ausland und Beste Nachrichten: Karl Weitzer; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Feuchtwanger; für den Inzeratenteil: Albert Barth. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S. — Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. — wöchentlich Unterhaltungsblatt.

Main table containing stock market data with columns for company names, share counts, and prices. Includes sections for 'Berliner Börse', 'Deutsche Hypoth.-Bank', 'Bank-Actien', and 'Industrie-Actien'.

Vertical text on the right margin, possibly a page number or additional notes, including 'Die Rubrik der Dividenden...' and 'Berliner Börse...'.